



Antrag

der Fraktion der CDU

Zur dramatischen Lage auf dem Arbeitsmarkt

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest, dass die Landesregierung von ihrer vor der letzten Landtagswahl geäußerten Ankündigung, niemand solle länger als 6 Monate arbeitslos sein, weiter entfernt ist als je zuvor. Die Zahl der Arbeitslosen und die der Konkurse steigt in Schleswig-Holstein besorgniserregend.

Die Landesregierung wird aufgefordert, hieraus ihre Folgerungen hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik darzulegen und dem Landtag darüber in der Apriltagung 2003 zu berichten. Insbesondere sind Auswirkungen der im Bund beschlossenen Änderungen bezüglich der neuen Regelungen für geringfügig Verdienende und des Niedriglohnsektors in ihren Anwendungsbereichen darzulegen sowie die Maßnahmen, welche das Land Schleswig-Holstein dazu und in den anderen Bereichen der Arbeitsmarktpolitik einleiten wird bzw. bereits eingeleitet hat.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- eine Effektivitätsprüfung der für die Arbeitsmarktpolitik in Schleswig-Holstein verwendeten Mittel – im Jahr 2002 rd. 500 Millionen Euro – durchzuführen;
- die Beratungsgesellschaft für Beschäftigung in Schleswig-Holstein aufzulösen und die mit der Abwicklung der ABM-Programme verbundenen Aufgaben direkt aus dem Wirtschafts- bzw. Sozialministerium wahrzunehmen;
- die 35 Programme von ASH 2000 deutlich zu straffen und auf Schwerpunkte zu konzentrieren;

- im Rahmen einer Bundesratsinitiative sich für eine Lockerung des Kündigungsschutzes für kleine und mittelständische Betriebe und die im Grundsatz richtigen Vorschläge von Bundeswirtschaftsminister Clement einzusetzen;
- noch im ersten Halbjahr 2003 eine Entscheidung darüber einzufordern, wie eine Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe konkret erfolgen und wo die künftige Aufgabenbewältigung angesiedelt sein soll;
- an die Banken und Sparkassen dringlich zu appellieren, den Schritt in die Selbstständigkeit zu unterstützen, die besonderen Nöte des Mittelstandes zu beachten und sich entsprechend in Förderpraxis und Geschäftspolitik zu verhalten;
- die Ursachen für den dramatischen Anstieg der Insolvenzen in Schleswig-Holstein zeitnah zu analysieren und Folgerungen für Schleswig-Holstein, die schleswig-holsteinischen Unternehmen und den Arbeitsmarkt zu ziehen;
- die Kommunen aufzufordern, von ihrer Möglichkeit Gebrauch zu machen, dass bei Verweigerung von zumutbaren Arbeitsangeboten die Sozialhilfebezüge empfindlich gekürzt werden.

Werner Kalinka

und Fraktion

Dr. Johann Wadephul